

deraufbau zu einer Annäherung führt. Und diese Hoffnung scheint mir verfrüht. Es gibt ein Argument, das gegen eine solche Entwicklung spricht und das oft übersehen wird: Schon im Sommer 2003 hat eine internationale Geberkonferenz 4,5 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau der vom Bürgerkrieg zerstörten Gebiete in Aussicht gestellt – das Geld sollte nur fließen, wenn die Parteien Frieden schließen. Dieser große finanzielle Anreiz hat quasi nichts bewirkt.

Warum sollte es dieses Mal anders sein? Ich persönlich wäre schon froh, wenn nach dem Tsunami nur der Status quo gehalten werden könnte, das heißt: wenn der Waffenstillstand Bestand hätte. Die Rückkehr der norwegischen Vermittler im Januar ist schon ein sehr positives Signal.

**In Indonesien ist ja mit der Provinz Aceh fast ausschließlich das langjährige Bürgerkriegsgebiet des Landes von der Katastrophe betroffen. Sind die Aussichten auf einen positiven Effekt durch den Wiederaufbau dort größer?**

**Möller:** Ich glaube, die Entfremdung der Konfliktparteien voneinander ist auch hier so weit fortgeschritten, dass Hoffnungen in dieser Richtung nicht sehr realistisch sind. 2002 gab es einen Waffenstillstand zwischen der GAM, der Bewegung Freies Aceh, und der Regierung. Es war geplant, den Frieden mit einem Autonomiestatut zu regeln.

Das ist gescheitert. Und zwar sowohl an den Rebellen, die den Wunsch nach einer echten Unabhängigkeit nicht aufgeben wollten, als auch am Militär, das den Waffenstillstand sabotiert hat, weil es ganz eigene Interessen verfolgt: Das Militär möchte sich in Jakarta als Garant für die nationale Einheit darstellen. Und es möchte die eigenen wirtschaftlichen Interessen schützen, die erst durch den Aceh-Konflikt zustande kommen, etwa die Einkünfte als Wachschatz für ausländische Ölfirmen in dem umkämpften Gebiet.

Der Konflikt hat also weitergeschwelt und vor allem die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen – erst unter Kriegsrecht, dann ab 2004 unter einem



**Sarglager im thailändischen Ferienort Phuket: Weil Zehntausende Touristen betroffen sind, ist die internationale Anteilnahme außergewöhnlich groß. Das könnte Reformen erzwingen – in umkämpften Regionen ebenso wie bei der Kooperation der asiatischen Staaten**

zivilen Notstandsrecht. Dann kam der Tsunami. Die Regierung hat drei Tage gezögert, bevor sie überhaupt ausländische Helfer in das Gebiet gelassen hat. Dann wurde der durch den Bürgerkrieg bedingte zivile Ausnahmezustand aufgehoben, um die Katastrophenhilfe zu erleichtern. Das Militär hat den Konflikt trotzdem weitergetrieben. Die letzte Verhandlungsrunde Ende Januar in Helsinki ist allerdings an der Forderung der Guerilla gescheitert, in fünf bis zehn Jahren ein Referendum über die Unabhängigkeit abzuhalten.

**Die Regierung Indonesiens wurde erst 2004 gewählt. Wäre jetzt nicht eine ideale Gelegenheit für den neuen Präsidenten, die Macht des Militärs in Aceh zu begrenzen, eine zivile Verwaltung aufzubauen und sich damit international zu profilieren?**

**Möller:** Das ist im Prinzip richtig. Aber Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ist wie seine Vorgängerin abhängig von der Gunst der Militärs. Nicht nur in

Aceh, sondern auch bei Konflikten in anderen Landesteilen, wie etwa in Papua. Zudem ist Yudhoyono ein pensionierter General und hat sich während seiner Militärkarriere in der Aceh-Frage stets zwiespältig verhalten. Von einer anfangs kompromissbereiten Linie ist er irgendwann umgeschwenkt auf einen harten Kurs gegenüber den Separatisten.

Ein nochmaliger Wechsel würde ihm als Schwäche ausgelegt – zumal in Indonesien föderale Modelle genau wie in Sri Lanka nicht mehrheitsfähig sind. Das hat historische Gründe: Die niederländischen Kolonialherren haben noch Anfang der 1950er Jahre mit einigen Provinzen Sonderbeziehungen unterhalten, das Land also quasi föderalisiert, was etwa zum Konflikt auf den Molukken geführt hat.

Seither hat der Föderalismus keine guten Chancen in Indonesien. Wegen solcher innenpolitischer Erwägungen wird der Präsident also nicht viele Zugeständnisse machen können.